



KREISTAGSFRAKTION
RHEINGAU-TAUNUS

Geschäftsstelle
Liebigstraße 12
65307 Bad Schwalbach
Tel. (0 61 24) 725 999

E-Mail: cdu-fraktion.rheingau-taunus@t-online.de

06.08.2024

Herrn
Kreistagsvorsitzenden
André Stolz
Heimbacher Str.7
65307 Bad Schwalbach

17/24

**Resolutionsantrag: Investition statt Subvention - Ende der Subventionierung des
49 Euro Tickets**

Stolz
08/08/2024

Sehr geehrter Herr Stolz,
die CDU-Kreistagsfraktion beantragt folgendes:

1. Der Kreistag nimmt die öffentlichen Verlautbarungen der RMV und die Mitteilungen der RMV-Geschäftsführung an ihre Gesellschafter – darunter der Rheingau-Taunus-Kreis – mit großer Sorge zur Kenntnis. Demnach muss der RMV in Folge unzureichender Finanzierung bereits heute schon Einschränkungen im Verkehrsangebot vornehmen und er prognostiziert, dass seine Finanzausstattung nicht ausreichen wird, die in den kommenden Jahren fertiggestellte und langersehnte Infrastruktur – wie beispielsweise der Ausbau der S6 – tatsächlich im ÖPNV zu betreiben. Außerdem lägen die größten Probleme des ÖPNV im Rhein-Main-Gebiet in mangelnder Kapazität und Unpünktlichkeit, die auf unzureichende und unzureichend instandgehaltene Infrastruktur zurückzuführen ist.
2. Der Kreistag erkennt an, dass sich eine angemessene finanzielle Ausstattung des RMV neben den eigenen Fahrgeldeinnahmen nur aus den Regionalisierungsmitteln des Bundes, originären Finanzmitteln des Landes und/oder durch seine Gesellschafter darstellen kann. Letzteres scheidet im Hinblick auf den Rheingau-Taunus-Kreis aus, da zum einen finanzielle Spielräume für Aufwendungen außerhalb der Pflichtaufgaben nicht bestehen und zum anderen Ausweitungen der Ausgaben für den ÖPNV einschließlich der dazu ggf. notwendigen Anhebungen der Kreisumlage von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt werden. In Hinblick auf die Bundes- und die Landesebene stellt der Kreistag fest, dass die bestehenden finanziellen Spielräume derzeit ausschließlich dafür aufgewendet werden, den Verkehrsverbänden die laufenden Einnahmeausfälle zu erstatten, die durch die Einführung des 49-Euro-Tickets entstehen.

Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur werden dagegen gekürzt und eine verbesserte Unterstützung der Verkehrsverbände bei der Bereitstellung von Verkehrsleistungen bleibt aus.

3. Der Kreistag fordert die Landesregierung und die Bundesregierung auf, die Festlegung auf einen willkürlichen Preis von 49 Euro je Monat für ein bundesweites ÖPNV-Abonnement aufzugeben. Gleichzeitig begrüßt er den Gewinn an Klarheit und Komfort für die Fahrgäste, den ein bundesweit gültiges Nahverkehrsticket bedeutet.
4. Die aktuell zum Ausgleich der Fahrgeldmindereinnahmen durch das 49-Euro-Ticket vorgesehenen zusätzlichen Subventionen von ca. 4 Milliarden Euro im Jahr sollen stattdessen umgehend in den Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur investiert werden. Dies beinhaltet insbesondere die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, Personal und Fahrzeugen, um einen zuverlässigen und eng getakteten ÖPNV zu gewährleisten.
5. Der Kreistag spricht sich für eine bundesweit koordinierte Tariflandschaft im ÖPNV aus. Neben einem unkomplizierten Zugang für regelmäßige wie auch Gelegenheitsnutzer und verbund- sowie länderübergreifender Gültigkeit ist es dabei von herausragender Bedeutung, dass Verkehrsverbände die Möglichkeit haben, durch eine flexible Preisgestaltung die Nachfrage zu steuern und attraktive Angebote zu refinanzieren. Sozialtickets und Unterstützungsmaßnahmen für Personen mit geringen Einkommen und besonderen Härtefällen sollen weiterhin gewährleistet bleiben.
6. Der Kreistag fordert die Landesregierung und die Bundesregierung auf, wichtige Infrastrukturprojekte in Hessen wie die Reaktivierung der Aartalbahn, die Wallauer Spange, die Regionaltangente West und den Ausbau der S6 prioritär und zügig umzusetzen. Es muss sichergestellt werden, dass ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, um nicht nur diese neue bzw. reaktivierte Infrastruktur herzustellen, sondern auch den Verkehr auf dieser zusätzlichen Infrastruktur zu bestellen, ohne dabei bestehende Angebote einzuschränken. Das ist mit dem horrenden Subventionsbedarf des 49-Euro-Tickets offensichtlich nicht möglich.
7. Der Kreistag setzt sich für eine nachhaltige und zukunftsfähige Verkehrspolitik ein, die einen zuverlässigen, eng getakteten und dichten ÖPNV ermöglicht. Hierdurch soll der ÖPNV als attraktive Alternative zum Individualverkehr gefördert werden.

Begründung

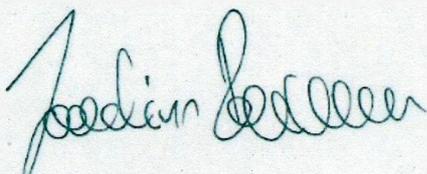
Die Subventionierung des 49-Euro-Tickets durch den Bund ist eine ineffiziente Maßnahme, die die eigentlichen Herausforderungen des ÖPNV nicht adressiert. Insbesondere subventioniert das 49-Euro-Ticket die Mobilität von Personen, die bereits vor dessen Einführung Zeitkarten zu deutlich höheren Preisen gekauft haben. Diese Personen konnten sich die höheren Preise leisten und haben diese Ausgaben als gerechtfertigt angesehen. Die Subvention für diese Fahrgäste stellt daher eine ineffiziente Verwendung von Steuergeldern dar, ohne dass eine nennenswerte Anzahl neuer Fahrgäste gewonnen wird.

Die Kosten des 49-Euro-Tickets betragen allein in Hessen 235 Millionen Euro pro Jahr und bundesweit rund 3 bis 4 Milliarden Euro. Diese hohen Subventionen führen jedoch kaum zu einer signifikanten Gewinnung neuer Kunden. Das Geld muss sinnvoller in den Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur investiert werden, um ein größeres und zuverlässigeres Bus- und Bahnangebot zu schaffen.

Zudem führt die subventionierte Nachfrage durch das Deutschlandticket zu einer geschätzten Reduktion des Treibhausgasausstoßes um lediglich 0,1 Prozent des jährlichen Ausstoßes in Deutschland. Dies zeigt, dass das Ticket keinen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz leistet. Eine langfristig attraktive Nutzung des ÖPNV kann nur durch gezielte Investitionen in ein flächendeckendes, zuverlässiges und dicht getaktetes Angebot erreicht werden. Das Schienennetz ist vielerorts überlastet, was zu Zugausfällen, Verspätungen und Frustration bei den Pendlern führt. Eine Investition in die Infrastruktur ist daher dringend notwendig und besser geeignet, mehr Menschen von der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu überzeugen als ein stärker subventionierter Preis.

Würde das Deutschlandticket erhalten, ohne dabei den willkürlich auf 49 Euro festgesetzten Preis zu subventionieren, ergäbe sich ein Preis von 200 bis 250 Euro pro Monat. Dies wäre weiterhin ein attraktives Angebot und im Vergleich zu den Kosten für den Individualverkehr sehr wettbewerbsfähig. Ein solcher Preis würde ein bundesweit gültiges Nahverkehrsticket ermöglichen, ohne dabei einen horrenden Subventionsbedarf auszulösen. Personen, die vor Einführung des Deutschlandtickets bereits ihr Monatsticket zu höheren Preisen erworben haben, hätten zudem den Vorteil, den Nahverkehr deutschlandweit nutzen zu können, was eine erhebliche Verbesserung darstellen würde, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen.

Der wesentliche Fehler liegt jedoch in der Festlegung eines pauschalen, willkürlichen und bundesweit gültigen Fahrpreises, der keine Rücksicht auf bestehende Tarifstrukturen nimmt. Der Kreistag appelliert daher an die Landesregierung und die Bundesregierung, die Mittel zur Subventionierung des 49-Euro-Tickets zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur umzuwidmen und damit die Grundlage für einen attraktiven und zukunftsfähigen ÖPNV zu schaffen. Nur durch eine nachhaltige Verkehrspolitik können langfristig mehr Menschen zur Nutzung des ÖPNV motiviert und die Mobilität im Rheingau-Taunus-Kreis verbessert werden.



Joachim Reimann

Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion Rheingau-Taunus